

Beschluss:

Kreisparteitag DIE LINKE Nordwestmecklenburg
09.04.2016 Antragsteller Kreisvorstand

Resolution des Kreisparteitages DIE LINKE Nordwestmecklenburg

Kurs halten in der Flüchtlingspolitik auch im Kreis Nordwestmecklenburg

Asyl ist ein Grundrecht und darf weder durch Obergrenzen noch durch Kontingente eingeschränkt werden. Die Forderung nach Einschränkung des Asylrechts, die von Rechts gestellt, aber inzwischen von CSU/CDU und SPD übernommen wurde, lehnt DIE LINKE auch weiterhin entschieden ab!

DIE LINKE sieht die Integration von Menschen, die nach der Flucht vor Krieg und Terror zu uns gekommen sind oder noch kommen werden als eine der wesentlichen Herausforderungen in unserem Kreis.

Wenn die Integration dieser Menschen gelingt und zwar so gelingt, dass die Menschen Nordwestmecklenburg als neue Heimat annehmen, dann besteht für den Landkreis auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung und angesichts jahrelanger Abwanderung darin auch eine Chance für eine langfristig positive Entwicklung.

In unserem Kreis leben derzeit 1840 Flüchtlinge aus Krisengebieten. Deren Integration ist eine der vordringlichsten Aufgaben auch für uns als LINKE.

Die bisherige Arbeit des Landkreises in dieser Frage zeigt auch weiterhin deutliche Schwachstellen in der Organisation und Koordination.

Wir unterstützen unsere Kreistagsfraktion darin, die Kreisverwaltung auch weiterhin konstruktiv, kritisch und fordernd zu begleiten, damit diese Integration gelingen kann.

Die von unserer Fraktion seit Monaten geforderte Einrichtung eines Gesamtkoordinators/einer zentralen Koordinierungsstelle für diese Aufgabe scheint auf Kreisebene nun langsam angekommen zu sein. Die Fraktion wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass den Ankündigungen durch die Landrätin nun auch endlich Taten folgen.

Die Herausforderungen im Bereich der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, ohne dabei die hiesige Bevölkerung zu benachteiligen, bleiben bestehen. Wir unterstützen das Bestreben unserer Fraktion hierbei, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen und sich für die Menschen in der Region zu engagieren.

Die Unterstützung der vielen ehrenamtlich engagierten Menschen im Landkreis muss auch durch die möglichst unbürokratische Bereitstellung von Finanzmitteln weiterhin sichergestellt werden. Ohne Ehrenamt wird es nicht zu schaffen sein.

Die Sicherstellung von Kita- und Schulbesuch muss auch für alle Kinder von Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern so organisiert werden, dass der Besuch für alle Kinder möglichst ohne lange Fahrwege möglich wird. Kitas und Schulen müssen möglichst flächendeckend in die Lage versetzt werden, Sprachförderung zu vermitteln.

Die Betreuung von Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern muss im gesamten Kreisgebiet von dafür geeigneten Sozialarbeitern sichergestellt werden, die Kreistagsfraktion wird unterstützt in ihrer Forderung nach einer flächendeckenden Sicherstellung dieser Betreuung.

Der erste Schritt zur Integration ist und bleibt die Sprache, deshalb wird der Landkreis aufgefordert geeignete Kapazitäten zusammen mit der Volkshochschule und freien Trägern weiter auszubauen.

Selbstverständlich bleibt unsere Forderung nach der Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge ebenso bestehen, wie die grundsätzliche Forderung nach einem generellen Waffenexportverbot. Waffen schaffen keinen Frieden und doch ist der Friede in den Herkunftsländern der Flüchtlinge eine der ersten Voraussetzungen um Flucht und Vertreibung von Menschen zu verhindern, wenn das erreicht wird, werden viele die Gelegenheit haben zur Rückkehr in Ihre Heimat haben.